

Freundschaft mit Israel ja, aber eine kritische Freundschaft, andernfalls ist sie reiner Betrug

Felicia Langer

Interview mit Felicia Langer

Als der Weltkrieg ausbrach, war Felicia Langer 9 Jahre alt. Ihre Familie war von Polen in die Sowjetunion gegangen. Erste Erfahrungen mit Gefängnissen, die in ihrem späteren Lebensweg eine so wichtige Rolle spielen sollten, machte sie bei der Verhaftung ihres Vaters, der sich geweigert hatte, die von den sowjetischen Behörden angebotenen Pässe anzunehmen. Bei ihren Besuchen im Gefängnis versuchte sie ihn aufzumuntern und bekräftigte ihn, an seinem Ziel der Ablehnung der Pässe festzuhalten. Nach Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland siedelte die Familie nach Kasachstan über, wo sie unter ärmlichsten Bedingungen ihr Leben fristen mußte. Ihr Vater überlebte diese schwierigen Jahre nicht. Nach Kriegsende kehrte sie mit ihrer Mutter nach Polen zurück. Von ihrer Familie fanden sie niemanden wieder. Sie trennte sich von ihrer Mutter, um in Krakau das Gymnasium zu besuchen. Hier lernte die erst siebzehnjährige ihren Ehemann kennen und heiratete ihn nur wenig später. Mit ihm hat sie einen Sohn, einen weiteren palästinensischen Sohn adoptierte sie symbolisch.

1950 folgte das junge Paar den Bitten der Mutter, die zuvor mit ihrem Ehemann nach Israel gegangen war. Ihren Lebensunterhalt bestritt sie zunächst als Arbeiterin, dann als Angestellte, begann im Alter von dreißig Jahren ein Abendstudium in Jura. Nach ihrem Examen gründete mit zwei Kollegen eine eigene Kanzlei. Nach dem Sechstage Krieg verlegte sie ihre Kanzlei nach Jerusalem, um vor allem Palästinenser aus den besetzten Gebieten zu vertreten. Dieser Aufgabe widmete sie sich bis 1990, widersetzte sich mutig allen Schikanen, wurde zur unbestechlichen Anwältin der Menschenrechte für die Palästinenser. Es waren Jahre, die sie mit allen Facetten der Besatzungspolitik bekannt machten. Sie kämpfte gegen willkürliche Verhaftungen ohne Anklage, gegen Landraub und Zerstörung der Häuser, gegen Folter und Kollektivstrafaktionen. Ihre Erfahrungen veröffentlichte sie in mehreren Büchern, die in viele Sprachen übersetzt wurden. Allerdings konnten in Israel nur zwei davon erscheinen, weil kein Verleger es mit den Behörden verderben wollte. Ihre Publikationen legen beredtes Zeugnis ab über die entwürdigende, unterdrückerische Besatzungspolitik und die schikanöse Behandlung durch die Gerichte.

Mit ihrem Engagement stand sie im Widerspruch zur offiziellen Politik und zur Mehrheit der israelischen Gesellschaft und war nicht nur der dauernden Überwachung durch die Geheimpolizei ausgesetzt, sondern erlebte auch, von vielen als Verräterin oder gar Sympathisantin der Terroristen bezeichnet und auch bedroht zu werden. 1990 schloß sie das Büro aus Protest gegen die Justiz die in ihren Augen hinsichtlich der Rechtssprechung gegenüber den Palästinensern zur Farce geworden war. Vom Fachbereich Jura der Universität Bremen erhielt sie eine Gastdozentur. Dies bekräftigte ihren Entschluß, sich in Deutschland niederzulassen, wo ihr Sohn schon seit acht Jahren lebte. Im gleichen Jahr wurde sie für ihr unermüdliches Menschenrechtsengagement mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. 1998, zum 50. Jahrestag der Existenz des israelischen Staates wählte die israelische Zeitschrift „Du“ 50 Frauen aus, ohne die das Land nicht dasselbe gewesen wäre. Für Felicia Langer, die sich vielen Angriffen ausgesetzt sah, war dies eine Genugtuung. Gegenwärtig arbeitet Felicia Langer an der

Lebensgeschichte ihres Mannes, der über seine fünfjährige Zeit in verschiedenen Konzentrationslagern lange Jahre nicht sprechen konnte.

Sie haben sich in ihrem Buch gegen das Osloer Abkommen ausgesprochen. Nun setzt sich ab die Front der Ablehnenden nicht nur aus demokratischen Kräften (wie Ashrawi u.a.) zusammen, sondern unter ihnen befinden sich in Israel diejenigen, die überhaupt keine Verständigung wollen und die wie die Ultrarechten in Israel am liebsten alle Palästinenser aus dem Land vertreiben würden, in den Westbanks/Gaza ist es die Hamas, die nicht nur antizionistisch sondern auch antisemitische Argumente hervorbringt und ebenfalls gegen jegliches Zusammenleben ist. Wie erklären Sie das Zustandekommen einer Koalition der Ablehnenden mit höchst unterschiedlichen Motiven?

Meines Erachtens kann man über keine Koalition sprechen, wenn die Ziele und die Motive der Ablehnenden so diametral unterschiedlich sind. Meine Ablehnung der Abkommen hat einen klaren und deutlichen Grund: Die Abkommen sind alles andere als Friedensabkommen, die Frieden mit Gerechtigkeit garantieren könnten. Für ein Friedensabkommen, daß zwei Staaten das Existenzrecht und den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht gewährt, habe ich mein ganzes Leben gekämpft und tue dies auch weiterhin. Ich lehne die Verträge ab, weil sie die wichtigsten Fragen des Konflikts ausgeklammert und bis zu Verhandlungen über den endgültigen Status verschoben haben. Das sind die Fragen der Souveränität, die Bodenfrage, die Siedlungen, die Wasserrechte, die Flüchtlings- und die Jerusalemfrage. Das juristische Instrumentarium für die völkerrechtswidrige Landnahme z.B. ist weiterhin in Kraft geblieben. Nach Unterzeichnung des Abkommens hat z.B. die Regierung der Arbeitspartei weiterhin massiv Land beschlagnahmt, allein von September 1993 bis Dezember 1995 230.338 Dunums (km²) und 29.654 Obstbäume wurden für die Umgehungsstraßen der jüdischen Siedlungen gefällt. Israel hat weiter Besiedlungen durchgeführt, weil keine Klausel des Abkommens es verbietet. Mit diesen Siedlungen haben sie vollendete Tatsachen geschaffen. In dem Abkommen war weder ein Instrumentarium, daß dies hätte verhindern können, noch eine Klausel, die Klarheit geschafft hätte, was eine endgültige Lösung überhaupt sein könnte. Die besetzten Gebiete wurden sogar als „umstrittene Gebiete“ bezeichnet. Dies alles hat eine negative Dynamik hervorgebracht, denn es hat die fundamentalistischen Kräfte unter den Palästinensern gestärkt und dies und die prekäre ökonomische Situation war der Nährboden für die mörderischen terroristischen Anschläge. Dies wiederum hat auf israelischer Seite die Rechten gestärkt. Diese gefährliche Interaktion habe ich schon damals befürchtet und jetzt ist sie eingetreten. Sie aber macht jede Art von Aussöhnung unmöglich. Ich lehne das Abkommen deshalb ab, weil das, was eingetreten ist, eine Katastrophe ist. Der Ausweg ist nicht, alles rückgängig zu machen, sondern endlich das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anzuerkennen.

Sie haben Ihre Ablehnung u.a. damit begründet, daß das Abkommen dazu beitrage, bestimmte ordnungspolitische Aufgaben, die die israelischen Regierung aufgrund der wachsenden Ablehnung der Besatzung nicht mehr ausführen will, auf die palästinensischen Kräfte zu übertragen. Sehen sie sich in der Entwicklung in ihrer Auffassung bestärkt? Äußerungen wie die von Netanyahu unlängst man könne nicht mehr davon reden daß „die Palästinenser unter Besatzung leben“ scheinen Ihnen Recht zu geben.

Ich sehe mich leider in meiner Auffassung bestärkt. Es gibt z.B. die sogenannte Zone A unter palästinensischer Oberhoheit, das sind die Städte (außer Jerusalem), gerade 3% der Westbank. Hebron wurde in zwei Zonen geteilt, dort leben 120.000 Palästinenser und 400 Siedler, die 20% von Hebron zugeteilt bekommen haben. Wo Siedler leben, ist zusätzlich noch eine Pufferzone geschaffen worden. Wer in die autonome Zone A aus- und einreisen kann und was ex- und importiert wird, bestimmt Israel. In der Zone B hat Israel das Sagen in Sicherheitsfragen, wobei die Palästinenser wie bisher die zivilen Fragen regeln. In Zone C, 70 % der Fläche, hat Israel weiterhin alle Rechte. Wenn Israel die Gebiete, die Bantustans in Südafrika ähnlich sind, abriegelt, werden sie zu einem Gefängnis. In dieser Zone erteilt Israel Palästinensern keine Baugenehmigung und zerstörte hunderte von Häusern. Die Armee wurde nicht reduziert, die Razzien unterscheiden sich nicht von denen vor Oslo und die Bewegungsfreiheit der Palästinenser ist noch stärker eingeschränkt. Außerdem wurde Jerusalem von der Westbank abgeschnitten und darf ohne Genehmigung nicht betreten werden und Gaza ist zum Gefängnis geworden. Folterungen und Administrativhaft gibt es weiterhin und die Grausamkeit der Armee während der Ausgangssperren ist schrecklich, so wie sie immer war. Neulich sind zwei Säuglinge ums Leben gekommen, weil die Soldaten einen Passierschein für die Mütter verweigerten. Die alten Bilder der Besatzung, die ich so gut kenne, wiederholen sich.

Sie werfen Rabin vor, ihm sei es gar nicht um einen wirklichen Prozeß der Aussöhnung gegangen, sondern es sei Rabin gelungen, in allen wichtigen Fragen den Palästinensern seinen Willen aufzuzwingen. Damit attestieren sie aber indirekt auch der PLO, vor allem Arafat eine Kapitulation vor den eigenen Interessen. Was sollte Arafat Ihrer Meinung nach zu einem solchen Schritt dann bewogen haben? Und was waren Rabins Motive?

Wenn es um eine wirkliche, gerechte und von Gedanken der Gleichheit geprägte Aussöhnung gegangen wäre, hätte man die wichtigsten Fragen nicht ausklammern und danach kein Politik der vollendeten Tatsachen betreiben dürfen. Die Zahlen sprechen meines Erachtens für sich selbst: In der vierjährigen Amtszeit der Arbeitspartei von Juni 1992 bis Mai 1996 ist die Zahl der Siedler um 49.000 auf insgesamt 150.000 gestiegen. Außerdem wurden massiv Umgehungsstraßen gebaut. Nach dem Massaker in Hebron 1994 wurden die Siedler in Hebron nicht angetastet, obwohl damals im Kabinett eine Mehrheit für die Evakuierung existierte. Die Vision der Lösung Rabins ist, ich berufe mich hier auf eine Erklärung in der Knesset anlässlich der Verabschiedung des Abkommens im Oktober 1995, daß die Siedlungen als Blöcke und das Jordantal als Sicherheitsgrenze bleiben und weitere Gebiete östlich der ehemaligen grünen Grenze in israelisches Staatsgebiet integriert werden sollen. Meiner Ansicht nach waren Rabins Motive, angesichts der israelischen Überlegenheit, eine friedliche Regelung zu finden, die diese Überlegenheit nicht antasten würde. Die PLO war damals in einer katastrophalen Lage, das hat Israel auch so gesehen. Peres hat in einem Gespräch mit dem Stern (41/96) z.B. gesagt, sie sei so schwach, daß sie Partner werden könnte und nicht nur das, am 1. September 1993 hat er die PLO im Fernsehen so charakterisiert: „Wir verhandeln nicht mehr mit der PLO, sondern nur noch mit dem Schatten ihrer selbst.“ Das Recht auf Selbstbestimmung und einen palästinensischen Staat wurde nicht anerkannt. Ich finde, daß diese Abkommen auf Seiten der Palästinenser Abkommen der Unterwerfung waren.

Dies leuchtet mir nicht ein, warum hätte Rabin mit einer geschwächten PLO überhaupt ein Abkommen machen sollen? Dazu hätte doch keine Notwendigkeit bestanden, Israel hatte doch alle Macht?

Nein, nein Rabin ist besonders nach der Intifada zum Schluß gekommen, daß man mit Gewalt die Macht nicht sichern kann und außerdem wollten die Amerikaner den Nahen Osten befrieden.

Welche realistischen Alternativen, die zu einer Anerkennung der PLO als einzig rechtmäßige Vertretung geführt hätten, wären denn damals möglich gewesen? Bzw. wäre das Abkommen nicht geschlossen worden, was wäre heute der Status und die Situation der Palästinenser?

Ich kann diese Frage nicht beantworten, das ist eine hypothetische Frage. Ich bin keine Palästinenserin. Aber ich denke, daß man auch angesichts der Tatsache, daß die Situation schon schlecht war, kein schlechtes Abkommen hätte unterschreiben müssen. Ich betrachte Realitäten und nicht das was hypothetisch sein könnte. Ich will nur sagen, daß kein Jurist so etwas hätte unterschreiben können, ein Vertrag in dem keine Klausel enthalten ist, die Siedlungen verbietet. Mehr will ich aber dazu nicht sagen. Für mich ist klar, daß es ein schlechtes Abkommen ist, das zeigen die Ergebnisse.

Aber ist es nicht auch eine Realität, daß zu diesem Zeitpunkt nur dieses und kein anderes Abkommen hätte unterzeichnet werden können, wenn man die Kräfteverhältnisse in diesem Raum sieht? Und hat dieses Abkommen nicht auch dazu beigetragen, der PLO und dem Recht auf Selbstbestimmung für Palästinenser international Anerkennung zu verschaffen?

Nein, die PLO wurde nicht anerkannt, lediglich ein Schatten der PLO. Außerdem waren die Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung schon längst völkerrechtlich anerkannt und international wahrgenommen. Es kann sein, daß das Abkommen sie populärer gemacht hat. Aber wenn der Preis für die Popularisierung dieser Rechte durch die Weltöffentlichkeit so hoch ist und nur mit einem Akt der Unterwerfung und vollendeten Tatsachen wie den Besiedlungen erkaufte werden kann, muß man abwägen, ob dieser Preis gerechtfertigt war. Unter dem Mantel von Frieden wurde die ganze Zeit weiter besiedelt. Damit wurden völkerrechtswidrige Fakten geschaffen, die schwer rückgängig zu machen sind.

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in Israel mehren sich die Stimmen, die jede Art von Entwicklung normaler Beziehungen abbrechen wollen, nicht nur Arafat hat dies wiederholt gesagt, so hat z.B. die Arabische Journalisten Union im September 1998 beschlossen, arabische Journalisten, die einen Kurs der Normalisierung mit dem „zionistischen Feind“ favorisieren und an Gesprächen zur Normalisierung der Situation teilnehmen, auf eine schwarze Liste zu setzen, 17 palästinensische Journalisten, die an einem Normalisierungstreffen in Griechenland teilgenommen hatten, wurden ausgeschlossen, obwohl sie offizielle von den palästinensischen Autoritäten dorthin geschickt worden waren.

Das ist ein natürliches Ergebnis der letzten negativen Entwicklungen, der ständigen Provokationen der Regierung Netanyahus, seiner Weigerung, die legitimen palästinensischen Rechte anzuerkennen. Nur eine Kehrtwende in der israelischen

Politik kann diesen Trend ändern. Die Regierung die Israel jetzt hat, ist die schlimmste, die sie je hatte. Wenn man solch eine Politik betreibt, dann muß man sich über derartige Reaktionen nicht wundern.

Die Politik Netanyahus scheint aber mehrheitsfähig zu sein und der Einfluß der Friedensbewegung schwächer. Während die Weltöffentlichkeit angesichts der Politik Netanyahus große Bedenken hat, hat man den Eindruck, daß diese Besorgnis in Israel selbst nicht so großen nachempfunden wird.

Das ist sehr unterschiedlich, es gab jetzt eine Demonstration von Peace Now, an der sich ca. 60.000 Menschen beteiligt haben. Es gibt Organisationen, die gegen Folterungen protestieren, es gibt die Wehrdienstverweigerer, es gibt Frauenfriedensorganisationen. Aber die seit 31 Jahren währende Herrschaft über die Palästinenser hat die Seele des Volkes vergiftet. Und meiner Meinung nach ist die Opposition gegenwärtig nicht deutlich genug, und die Arbeitspartei argumentiert ja auch nicht gegen Siedlungen als solche, sondern nur über den günstigen Zeitpunkt. Ich denke, man sieht in Israel, daß alles geht, man kann die UNO Resolutionen mißachten, weiter besiedeln, die Menschenrechte mißachten. Es muß von außen mit den Friedenskräften mehr Solidarität geben, ich betone, es soll keine antiisraelische Politik sein. Unsere Bevölkerung muß erfahren, daß sich diese Politik nicht lohnt. Unsere Tragödie ist, daß die Weltöffentlichkeit toleriert, daß Israel sich über die Beschlüsse der UNO hinwegsetzt. Man muß Israel klarmachen, daß diese Politik eine Kriegsgefährdung ist.

Angesichts des in Israel gewachsenen Einfluß der ultraorthodoxen Kräfte fühlen sich viele Israelis in ihrem eigenen Land nicht mehr wohl.

Das ist Ergebnis der Tatsache, daß man nach der Ermordung Rabins nicht konsequent gegen die Rechten vorgegangen ist, Peres wollte wieder gewählt werden. Jetzt ist es so, daß auch in Israel die säkularen Kräfte sich mehr und mehr organisieren, weil sie sich bedroht fühlen, Ich hoffe, das wird auch Auswirkungen haben in dieser bedrohlichen Situation.

Es zeigt sich gegenwärtig, daß die Erwartungen an einen demokratischen Staat in Palästina sich nicht erfüllen. Unlängst beschuldigte Aziz Amre, Mitgl. Der Madrid Delegation Arafat, er sei bei der Entwicklung zu einem demokratischen Staat das Haupthindernis. Er nannte Fakten wie Korruption, Bestechung, Nepotismus. Bassem Eid wurde, als er unlängst Sicherheitskräften, die Geld nicht an die Autoritäten abgeliefert hatten, anklagte, sich auf Erpressung und Bestechung eingelassen zu haben, als zionistischer Feind titulierte. Steht zu befürchten, daß palästinensischen . Demokraten zukünftig weiterhin mundtot gemacht werden? Sie haben sich lange für einen palästinensischen Staat eingesetzt. Wie beurteilen sie die Situation innerhalb Palästinas und was bedeutet es für sie, dieses hören zu müssen.

Ich hoffe, daß die Demokraten nicht mundtot gemacht werden. Es gibt palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten, die sich wehren, aber ohne Solidarität von außen und ohne Verurteilung dieser Verletzungen von außen, wird sich nichts ändern. Ich hoffe, daß die demokratischen Kräfte sich artikulieren können, das erst wäre die Voraussetzung für einen glaubwürdigen Friedensprozeß und Unabhängigkeit.

Für mich persönlich ist das eine tragische Situation, meine Mandanten haben für solch ein Gebilde nicht gekämpft. Aber ich hoffe, das wird sich ändern. Wie kann man die Situation erklären? Erklären kann man es, aber nicht rechtfertigen. Der Druck, den Israel und Amerikas auf die Palästinenser ausüben, wirkt sich aus. Außerdem hat man nicht konsequent demokratische Strukturen geschaffen, und es gibt einen Kult um Arafat. Man hat von den Verhörmethoden Israels gelernt und auch von den arabischen Ländern... Schon bei uns hat man festgestellt, daß das Leid nicht besser macht, wenn man die richtigen Lehren daraus nicht zieht. Arafat läßt in seinen Stellungnahmen durchblicken, daß jetzt für Demokratie- und Menschenrechtsfragen keine Zeit sei, es gäbe andere Prioritäten. Aber für die weitere Entwicklung Palästinas ist die Frage demokratischer Strukturen grundlegend. Ich werde diese Menschenrechtsverletzungen weiter anprangern und ich spüre, daß Leute, die mich ehemals sehr geschätzt haben, jetzt von mir abrücken.

Was sagen sie zu der Absicht Arafats, am 4. Mai den palästinensischen Staat auszurufen?

Er hat dazu das Recht. Jedoch kann man dieses Gebilde nicht Staat nennen, es müßte eine andere Substanz da sein. Das gegenwärtige Feilschen über die im Abkommen beschlossenen 13%, die an die Palästinenser gegeben werden sollen, empfinde ich wie ein Bazar, wenn man bedenkt, daß nur der kleinste Teil davon als Zone A anerkannt werden soll, ein Teil bleibt Naturschutzgebiet und der größte Teil Zone B. Die UNO Res 242 von 1967 über Räumung der besetzten Gebiete spricht eine klare Sprache.

Netanyahu behauptet, das Osloer Abkommen könnte deshalb nicht weiter verwirklicht werden, weil die Palästinenser es nicht eingehalten haben. Was sagen Sie dazu?

Was soll ich zu dieser Frage sagen? Ich finde, alles was Netanyahu gegenwärtig sagt sind Vorwände, weil er den Frieden wirklich nicht machen will. Die ganze Politik Netanyahus ist eine Politik der Provokation gegen den Frieden. Das Minimale, was die Abkommen beinhalteten, werden noch nicht einmal erfüllt. Ich plädiere für die Ausübung von Druck auf Netanyahu, ohne diesen Druck sehe ich keine Möglichkeit der Änderung seiner Politik. Ohne Änderung der Politik und Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es keinen Frieden geben.

In Deutschland gibt es aufgrund der historischen Situation besondere Probleme mit der Kritik an Israel. Sie selbst haben in ihrem Land sich als „Nestbeschmutzerin“ beschimpfen lassen müssen, hier wird die Kritik an Israel schnell als Antisemitismus denunziert.

Ich habe dazu in meinem Büchern deutlich gesagt, daß das Schuldgefühl nicht so instrumentalisiert werden darf, daß man zu Mißachtung von Resolutionen der UNO und der Menschenrechte schweigt. Freundschaft mit Israel ja, aber eine kritische Freundschaft, andernfalls ist sie reiner Betrug.